

Ohne Sicherungen

Ökostrom-Umlage mit teuren Konstruktionsfehlern

VON DIETER SCHWAB

Es ist kaum zu glauben, aber trotzdem wahr: Mit zusätzlichen Windrädern oder Solaranlagen hat die Erhöhung der EEG-Umlage um knapp einen Cent kaum etwas zu tun. Die Einspeisevergütungen für Strom aus erneuerbarer Energie sind in der letzten Zeit stetig in Richtung Marktpreis gesunken. Allein wegen des Zubaus neuer Anlagen hätte die Umlage nur um marginale 0,18 Cent steigen müssen – eine Summe, die kaum der Rede wert ist.

Der weit größere Rest wird verursacht durch ein fatalés Zusammenspiel von schwarz-gelber Koalition, Energieversorgern und zahlreichen Verbrauchern. Die Regierung Merkel hat die Konstruktionsfehler der EEG-Umlage während der abgelassenen Legislaturperiode noch verschärft, Energieversorger erhöhen die Gewinnmarge, statt sinkende Einkaufspreise weiterzugeben – und zu viele Kunden lassen sich das einfach gefallen.

Zu den Schwächen der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gehört es, dass der Strom einfach an der Strombörse in Leipzig vertickt wird. Je mehr Ökostrom es gibt, desto stärker sinkt dort der Preis. Weil den Erzeugern aber ein fester Betrag garantiert wurde, steigt die Subvention – und damit die EEG-Umlage. Keine Sicherung begrenzt diesen Effekt, der für die Hälfte des Anstiegs verantwortlich ist.

Zu viele Ausnahmen

An sich sinnvoll ist die Regelung, stromintensiven Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, die Umlage größtenteils zu erlassen. Auf Drängen der Freien Demokraten wurde dieser Kreis stark ausgeweitet – wenn man so will, subventionieren jetzt Rentner und Hartz-IV-Empfänger Molkeereien oder Wurstfabrikanten. Die wachsende Zahl dieser Firmen verursacht etwa 0,35 Cent der Erhöhung.

Letztlich kassiert auch noch der Finanzminister: Er schlägt auf die

Umlage die Mehrwertsteuer auf, seine Einnahmen steigen jetzt ebenfalls.

Die Einkaufspreise für elektrische Energie sind für Stromversorger wegen des Überangebots stark gesunken, allein seit der Atomkatastrophe in Fukushima um 40 Prozent. Diese sinkenden Kosten kommen wohl bei den Großverbrauchern, nur in seltenen Fällen aber bei privaten Haushalten an. Schon aus diesem Grund ist eigentlich kein Unternehmen gezwungen, die Umlage-Erhöhung an die Kunden weiterzugeben.

Seltener Wechsel

Der Verbraucher dagegen hat eigentlich die Wahl zwischen zahlreichen Stromanbietern, und er kann sich mit Hilfe mehrerer Vergleichsportale im Internet den preiswertesten aussuchen. Leider geschieht das viel zu selten – Preiserhöhungen werden zu oft nicht bestraft.

Eine neue Regierung hat deshalb etliche Möglichkeiten, um die EEG-Umlage nicht nur konstant zu halten, sondern zu senken: Die Zahl der befreiten Unternehmen kann drastisch eingegrenzt und die Stromsteuer reduziert werden. Außerdem kann das Problem sinkender Börsenpreise umgangen werden, wenn die Stromversorger die Öko-Energie direkt abnehmen.

Trotzdem muss eines klar sein: Die Energiewende kostet jetzt viel Geld, weil eine komplett neue Infrastruktur aufgebaut werden muss. Das allerdings ist eine Investition in die Zukunft; wenn die hohen, auf 20 Jahre garantierten festen Abnahmepreise auf mittlere Sicht auslaufen, wird auch die EEG-Umlage tendenziell fallen.

Sie spart auch auf lange Sicht viel Geld: Die Bundesrepublik importiert derzeit für rund 90 Milliarden Euro jährlich Öl, Gas und andere Brennstoffe. Gäbe es keine Energiewende, wäre die Zahl schon heute um sechs Milliarden höher – Tendenz stark steigend.